



September 2008

## Indien: Wachstumsschwäche und Inflation - Ist der Boom zu Ende?

Dr. Dr. Peter Gey, FES Neu Delhi

- Das Wachstum der indischen Wirtschaft, das in den vergangenen vier Jahren durchschnittlich rund 9 Prozent betragen hatte, verlangsamte sich in den letzten Monaten und wird sich in diesem Jahr auf voraussichtlich 7,0 bis 7,5 Prozent abschwächen. Gleichzeitig stieg die Inflationsrate zwischen Ende 2007 und August 2008 von 3,5 auf über 12 Prozent.
- Dem Versuch der Zentralbank, den Preisauftrieb durch Anhebungen von Leitzins und Mindestreservensatz zu drücken, steht die massive Subventionierung zahlreicher Verbraucherpreise durch die Regierung entgegen. Steigende Zinsen für Kredite und Hypotheken dämpfen die Nachfrage und damit auf absehbare Zeit auch das Wirtschaftswachstum.
- In Indien war der Ausbau von zwei Bereichen, die für die Entwicklung eines Landes ausschlaggebend sind, nämlich Infrastruktur und Bildungswesen, jahrzehntelang vernachlässigt worden. Das rasante Wachstum während des Booms 2003 bis 2007 verschärfte die Engpässe in diesen beiden Bereichen noch.
- Die seit 2004 regierende Kongresspartei hatte für wichtige Reformen keine politische Mehrheit. Nach den Wahlen im Frühjahr 2009 kommt es darauf an, das unhaltbare Haushaltsdefizit abzubauen, nachhaltige Entwicklungsmaßnahmen im Infrastruktur- und Bildungsbereich durchzuführen, Staat und Verwaltung zu modernisieren und die seit über zwei Jahrzehnten sich hinziehenden Reformen fortzusetzen. Dazu bedarf es einer starken Mehrheit im Parlament.

Seit einigen Jahren werden Indiens Wirtschaft glänzende Aussichten zugeschrieben. Doch Mitte 2008 hat sich das Bild deutlich eingetrübt. Die Wirtschaft wächst langsamer als erhofft, und gleichzeitig steigen die Preise schneller als gedacht. Die Frage ist, ob Indiens Wirtschaft in den vergangenen Monaten nur eine vorübergehende Schwäche hatte oder ob dies der Anfang vom Ende des erst vier Jahre währenden Booms war.

### Die Wachstumsdynamik lässt nach

Als Ende August die Wirtschaftszahlen für das 2. Quartal 2008 bekannt gegeben wurden, musste Indiens Regierung einräumen, dass das Wirtschaftswachstum an Fahrt verloren hatte:

Die Zunahme des Bruttoinlandsproduktes (BIP) hatte sich von 9,2 Prozent im 2. Quartal 2007 auf 7,9 Prozent im 2. Quartal 2008 verlangsamt. Nach Sektoren betrachtet, ging das Wachstum in der Landwirtschaft um ein Drittel von 4,4 auf 3,0 Prozent und in der Verarbeitenden Industrie um die Hälfte von 10,9 auf 5,6 Prozent zurück.

Besonders schlimm erwischte es die Kapitalgüterindustrie, die Maschinen und Anlagen für die übrigen Wirtschaftsbereiche liefert und daher ein wichtiger Gradmesser für die künftige Entwicklung in der Industrie und im Infrastrukturbereich ist. Hier verringerte sich das Wachstum von 19,1 Prozent im 2. Quartal 2007 auf 6,5 Prozent im 2. Quartal 2008. Lediglich im Dienstleistungssektor wurde im 2. Quartal mit 11,2 Prozent gegenüber 13,1 Prozent im Vorjahr noch ein

beachtliches, wenn auch rückläufiges, Wachstum erzielt.

Während Indiens Zentralbank für das gesamte Wirtschaftsjahr, das am 31. März 2009 endet, mit einer Wachstumsrate von 8,0 Prozent rechnet, erwarten ausländische Banken eine Zunahme zwischen 7,0 und 7,5 Prozent. Das wäre nicht schlecht im Vergleich zu Indiens äußerst niedrigem Wachstum in den ersten fünfzig Jahren nach seiner Unabhängigkeit. Aber es wäre deutlich weniger als die Zunahme um 9,1 Prozent, die noch im Vorjahr erreicht worden war und weit entfernt von einem Wachstumstempo von jahresdurchschnittlich 10,0 Prozent, das die indische Regierung für die Zeit ab dem Jahre 2010 für erreichbar hielt.

### **Inflation und Zinserhöhungen dämpfen Wachstum**

Überrascht wurden Regierung und Zentralbank von der starken Zunahme der Inflation. War die Inflationsrate, die in Indien am Großhandelspreisindex WPI gemessen wird, im Laufe des Jahres 2007 noch von 6,7 auf 3,5 Prozent gesunken, sprang sie während des 1. Quartals 2008 auf 7,4 Prozent. Sie lag damit nicht nur deutlich über dem preispolitischen Ziel der Zentralbank, die eine jährliche Inflationsrate von unter 5 Prozent anstrebt. Preissteigerungen in dieser Höhe ließen die regierende Kongresspartei auch um ihren Sieg bei den Unionswahlen im Frühjahr 2009 bangen.

Um die Nachfrage und damit den Druck auf die Preise zu dämpfen, erhöhte die Zentralbank sowohl den Leitzins als auch den von den Geschäftsbanken einzuhaltenden Mindestreservensatz allein in den Monaten Juni und Juli insgesamt dreimal auf schließlich jeweils 9 Prozent. Trotzdem stiegen die Preise weiter. In der Woche, die am 23. August endete, hatte sich auf das Jahr bezogen die Inflationsrate auf 12,3 Prozent beschleunigt.

Für Verbraucher und Immobilienkäufer verschärfen sich die „lending standards“, d.h., die Bedingungen, zu denen die Banken an ihre Kunden Kredite vergeben, noch stärker, als es für die Geschäftsbanken der Fall war. Nach Auskunft verschiedener Banken in Delhi

müssen Kreditkartenhalter im Vergleich zum Vorjahr auf ihre monatlichen Umsätze statt 2,4 Prozent gegenwärtig 3,6 Prozent Zinsen zahlen. Auch die Hypothekenzinsen sind in die Höhe geschneilt; hier sind bei Neuanträgen und Verlängerungen statt zwischen 7,5 und 8,5 Prozent wie im Vorjahr nun 11,0 bis 12,0 Prozent fällig. Deutlich günstiger sieht es noch bei Geschäftskrediten aus, die bislang nur von 15 bis 19 auf 17 bis 20 Prozent erhöht wurden.

Die Verteuerung der Kredit- und Hypothekenkosten beeinflusste unweigerlich das Ausgabenverhalten der Konsumenten. So war der Absatz von Neuwagen im Juli mit minus 1,7 Prozent gegenüber dem Vormonat erstmals seit zweieinhalb Jahren rückläufig. Im selben Monat verzeichneten die Fluggesellschaften bei Inlandsflügen einen noch nie da gewesenen Einbruch der Passagierzahlen um über 11 Prozent. Die Fahrgäste konnten sich nur noch Bahnfahrkarten leisten.

### **Die Regierung treibt mit Wohltaten die Staatsausgaben nach oben**

Steigende Preise und Zinserhöhungen werden auf absehbare Zeit die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen insbesondere des „höheren“ Bedarfs (Autos, langlebige Konsumgüter, Reisen, Restaurantbesuche etc.) schwächen. Zweifelhaft ist hingegen, ob auch die Nachfrage für Güter des alltäglichen Bedarfs zurückgehen wird, weil die Regierung gleichzeitig vor allem jene Staatsausgaben nach oben treibt, die den Massenkonsum stärken:

Im Jahre 2005 fügte die Regierung der kaum überschaubaren Zahl von Programmen zur Armutsbekämpfung eine landesweite Beschäftigungsgarantie für die ärmsten Teile der Landbevölkerung hinzu. Sie gewährleistet mittlerweile in allen 596 Distrikten jedem als arm geltenden ländlichen Haushalt für jeweils ein Mitglied eine Beschäftigungsdauer von 100 Tagen. In diesem Zeitraum verrichten die Begünstigten unqualifizierte Tätigkeiten zu dem im jeweiligen Bundesstaat gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Damit wurde der Staat auf dem Land zum größten Arbeitgeber. Die Kosten des Programms werden von der Regierung auf 160 Mrd. Rupien (ca. 2,5 Mrd. Euro) veranschlagt.

Im Februar 2008 gab die Regierung bekannt, dass sie Bauern, die ein staatliches Darlehen erhalten hatten, die Rückzahlung erlassen werde. Mit diesem Schuldenerlass erreicht die Regierung 20 bis 25 Prozent der Bauernhaushalte. Hierfür sind im Staatshaushalt 2008/09 600 Mrd. Rupien (ca. 10 Mrd. Euro) vorgesehen.

Auch die rund 5 Millionen Staatsangestellten wurden bedacht. Sie erhalten durchschnittlich um 28 Prozent höhere Bezüge im Rahmen der einmal in einem Jahrzehnt erfolgenden zusätzlichen Aufstockung der Beamtengehälter, die ansonsten zweimal im Jahr an die Inflation und einmal jährlich an das erreichte Lebensalter angepasst werden. Die Kosten sollen irgendwo zwischen 250 und 300 Mrd. Rupien (3,9 und 4,7 Mrd. Euro) liegen.

Eine Zeitbombe im indischen Staatshaushalt sind die Subventionen für Energie und Brennstoffe. Seit dem Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung im Jahre 2004 war der Preis für ein Fass Rohöl bis Ende 2007 von 36 bis 40 Dollar auf fast 100 Dollar gestiegen. Obwohl Indien fast 75 Prozent seines Rohölbedarfs importieren muss, setzte die Regierung die in der Vergangenheit praktizierte Subventionspolitik fort, um die privaten Verbraucher zu schonen. Bis Ende 2007 hatte die Regierung nur ein Fünftel der Ölpreissteigerung über höhere Benzin- und Dieselpreise an die Verbraucher weitergegeben. Der weitere Anstieg auf in der Spitze fast 150 Dollar veranlasste die Regierung schließlich, am 4. Juni 2008 den Benzinpreis um 11 Prozent auf 50,56 Rupien (0,79 Euro) und den Dieselpreis um 9 Prozent anzuheben. Das reicht noch immer bei weitem nicht aus, um die Risiken für den Staatshaushalt abzuwenden.

Die Ausgaben zur „Stärkung des Konsums“, wie es offiziell heißt, und zur Subventionierung von Diesel und Benzin, Kochgas und Kerosin, Düngemittel und Elektrizität (in der Landwirtschaft), Getreide und zahlreicher Grundnahrungsmittel sind sowohl im offiziellen Budget als auch in mehreren Nebenhaushalten eingestellt. Dies macht es schwer, das gesamte Ausmaß der Staatsausgaben zu beziffern. Da weder die vermutlich rückläufigen Steuereinnahmen noch die Preisentwicklung und damit die Höhe der Subventionen abzusehen sind, ist es unmöglich, die Höhe des

Haushaltsdefizits zu veranschlagen. Schätzungen zufolge liegt es zwischen 10 und 13 Prozent.

Ein Haushaltsdefizit in der genannten Größenordnung ist auf Dauer nicht durchzuhalten. Es ist damit zu rechnen, dass nach den Parlamentswahlen auf Unionsebene im Frühjahr 2009 die Subventionen weiter abgebaut und damit weitere Preiserhöhungen erfolgen müssen. Dies bedeutet, dass Inflation und hohe Zinsen das Wachstum der indischen Wirtschaft weiterhin beeinträchtigen werden.

### **Die Engpässe in Infrastruktur und Bildung verschärfen sich**

In Indien war der Ausbau von zwei Bereichen, die für die Entwicklung eines Landes ausschlaggebend sind, nämlich Infrastruktur und Bildungswesen, jahrzehntelang vernachlässigt worden. Das rasante Wachstum während des Booms 2003 bis 2007 verschärfte die Engpässe in diesen beiden Bereichen noch. Zwei Beispiele:

Bevölkerung und Wirtschaft leiden ganz besonders unter der mangelhaften Energieversorgung, die privat nur mit zusätzlichen Kosten für Generatoren verbessert werden kann. Hier ist nicht nur keine Entspannung abzusehen, sondern die Lage hat sich sogar weiter verschlechtert, weil der Ausbau der Kapazitäten mit dem wachsenden Bedarf nicht Schritt hält. So erreichte in der Stromversorgung die Fehlmenge zwischen Angebot und Nachfrage im vergangenen Jahr Regierungsangaben zufolge ein Achtjahreshoch. Die Schere dürfte noch weiter aufgehen, weil die Zunahme in der Stromerzeugung im April-Juni 2008 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 8,9 auf 5,4 Prozent fiel und damit deutlich unter dem im zweiten Quartal erzielten Wachstum des BIP von 7,9 Prozent lag.

Indiens Bildungswesen bringt zu wenig und zu schlecht ausgebildeten Nachwuchs für die Wachstumssektoren der Wirtschaft hervor. Je nach Berufszweig können zwischen 65 und 90 Prozent der offenen Stellen in Schlüssel-sektoren wie dem Bankenwesen oder der Computerwirtschaft wegen fehlender oder mangelhaft ausgebildeter Arbeitskräfte nicht besetzt werden. Infolge der Arbeitskräfteknappheit stiegen die Löhne seit 2004 um

durchschnittlich 14 bis 15 Prozent und damit schneller als im übrigen Asien. Trotz Abschwächung des Wirtschaftswachstums belaufen sich auch in diesem Jahr die Lohnsteigerungen auf durchschnittlich 14,8 Prozent und erreichen im Bank- und Versicherungswesen sowie im Infrastrukturbereich Zunahmen um 16,5 bzw. 24,1 Prozent.

Die Knappheiten bei Energie und Arbeit treiben nicht nur die Kosten hoch. Sie setzen auch dem weiteren Wachstum der indischen Wirtschaft enge Grenzen.

### **Regierung hat für wichtige Reformen keine politische Mehrheit**

Aus den Parlamentswahlen im Jahre 2004 war die Kongresspartei zwar als stärkste Partei hervorgegangen, aber sie hatte mit 28 Prozent der 545 Sitze nur eine schwache Mehrheit. Insgesamt waren 37 Parteien in das neue Parlament eingezogen, davon waren zehn Parteien mit weniger als fünf Abgeordneten und zehn weitere sogar mit nur einem Abgeordneten vertreten. Um eine Regierung zusammenstellen zu können, war die Kongresspartei auf die parlamentarische Unterstützung von rund zwei Dutzend Parteien angewiesen.

Indiens drei kommunistischen Parteien hatten sich an der Regierungsbildung nicht beteiligt, sondern sie unterstützten die Allianz „von außen“. Dabei drohten sie wiederholt mit einem Misstrauensvotum im Parlament, sollten die marktwirtschaftlichen Reformen, die 1991 vom damaligen Finanzminister und heutigen Premierminister Manmohan Singh eingeleitet worden waren, fortgesetzt werden.

Im Gegensatz zu den sozialistischen Ländern Ostmitteleuropas hatte Indien nicht radikal mit seiner sowjetisch geprägten Vergangenheit gebrochen. Im Banken- und Finanzsektor spielen staatliche Institute weiterhin eine starke Rolle, ein starres Arbeitsrecht verhindert Neueinstellungen und die Gängelei der Privatwirtschaft durch den umfangreichen Einsatz staatlicher Inspektoren („inspector raj“) wird fortgesetzt. Die Regierung selbst ist ein Beispiel für Indiens ausufernde Bürokratie: Sie leistet sich 46 Ministerien (statt den in OECD-

Ländern üblichen 15 bis 20), darunter drei Ministerien für Energie und ein selbständiges Sekretariat für Atomenergie.

### **Ausblick**

Als Indiens Wirtschaft im Haushaltsjahr 2003/04 erstmals ein Wachstum von knapp neun Prozent erreicht hatte, war für zahlreiche Beobachter im In- und Ausland klar, dass Indien sich anschickte, eine neue Weltmacht zu werden. So hell leuchtete der Glanz des „Shining India“, dass man seiner Wirtschaft zutraute, mit ähnlich hoher Geschwindigkeit auch die kommenden Jahre und sogar über Jahrzehnte zu wachsen. Man verstieg sich zu der Vorstellung, Indien würde bis zum Jahre 2020 Deutschland und Japan und bis 2050 auch die USA an Wirtschaftskraft überholen.

Dieser Optimismus war von Anfang an überzogen. Gegenwärtig ist es vielmehr wahrscheinlich, dass Indien eine Phase niedrigen Wachstums und hoher Inflation durchläuft. Ob Indiens Wirtschaft anschließend wieder ein hohes Wachstum erreicht, hängt zwar nicht ausschließlich, aber doch erheblich davon ab, welche Vorstellungen und Durchsetzungskraft die nächste Regierung nach den Unionswahlen im Frühjahr 2009 haben wird.

Die regierende Kongresspartei ging in jüngster Zeit aus neun von elf Wahlen in indischen Bundesstaaten als Verlierer hervor. Sie wird in der verbleibenden Regierungszeit ihre Wählerschaft nicht verschrecken wollen und an der Wohlfahrtspolitik der vergangenen Jahre festhalten. Auch die übrigen Parteien werden im anstehenden Wahlkampf Wohltaten versprechen. Nach den Wahlen kommt es jedoch darauf an, dass die aufwendigen Wohlfahrtsprogramme zurückgeschnitten, nachhaltige Entwicklungsmaßnahmen im Infrastruktur- und Bildungsbereich durchgeführt, Staat und Verwaltung modernisiert und die sich nun schon über zwei Jahrzehnte hinziehenden Reformen fortgesetzt werden. Dazu bedarf es einer starken Mehrheit im Parlament. Die beiden großen landesweiten Parteien, Kongress und BJP, tragen die Verantwortung dafür, dass 2009 eine handlungsfähige Regierung gebildet werden kann.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: [Beate.Bartoldus@fes.de](mailto:Beate.Bartoldus@fes.de) (verantwortlich)

Ingo Schafhausen, Tel.: 0228-883-515, E-Mail: [Ingo.Schafhausen@fes.de](mailto:Ingo.Schafhausen@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).